



Regierungsratsbeschluss vom 22. September 2026

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD; Revision der Verordnung über die Gebühren im Zivilstandswesen; Vernehmlassung

P261010

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an das Eidgenössische Amt für das Zivilstandswesen.

Begründung

Der Regierungsrat begrüsst die Zielsetzung der Vorlage, im Bereich des Zivilstandswesens einen besseren Kostendeckungsgrad zu erreichen, beantragt aber einzelne Anpassungen. Insbesondere sollen die zunehmenden Beratungs- und Informationstätigkeiten, die bei den Zivilstandsbehörden erhebliche Zusatzaufwände verursachen, von Anfang an in Rechnung gestellt werden können. Darüber hinaus soll dies auch für die Aufsichtsbehörden gelten. Von einer Zusatzgebühr zur Finanzierung des durch den Bund betriebenen Personenstandsregisters «Infostar» soll hingegen abgesehen werden.

